

Polizei nimmt 20-jährigen Messerstecher fest

Nach intensiven Ermittlungen des Landeskriminalamtes (LKA) haben Beamte heute Morgen einen polizeibekanntem 20-Jährigen in Neukölln festgenommen. Der Mann soll am 14. September einen 44-Jährigen im Volkspark Hasenheide ohne Anlass mehrfach in den Oberkörper gestochen zu haben. Das Opfer wurde schwer verletzt und musste notoperiert werden.

Die Festnahme erfolgte in der Wohnung der Eltern des Beschuldigten in der Allerstraße. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft erließ der Ermittlungsrichter einen Haftbefehl gegen den 20-Jährigen. Über Motiv und Herkunft der Beteiligten sagt die Berliner Polizei nichts.

Berlin hat ein großes Rattenproblem – außer in Spandau

Das Ratten-Problem in Berlin ist seit Jahren bekannt. Schon vor zwei Jahren sollte es einen Runden Tisch zum Thema „Stadtratten“ geben. Doch, wie so vieles in unserer Stadt, folgten den Ankündigungen keinen Taten. Eine Anfrage der Grünen im Abgeordnetenhaus fördert nun zu Tage, wie schlimm die Situation heute tatsächlich ist. „Alle der zwölf Berliner Bezirke leiden unter einer Rattenplage. Viele tausend Meldungen zu den Schädlingen gehen jedes Jahr bei den zuständigen Gesundheitsämtern und Grünflächenämtern ein“, heißt es in der Antwort des Senats.

So stellte das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf fest: «Hauptursache für die hohe Rattenpopulation ist die permanente Verschmutzung der Anlagen durch Speisereste/ Taubenfütterung, die von Bürgern hinterlassen werden.“ Und in Friedrichshain-Kreuzberg werden vor allem die Kottbusser Brücke, der Traveplatz, der Boxhagener Platz und der Lausitzer Platz als Hotspots der Ratten genannt. Auch da die gleichen Gründe: Lebensmittelreste in den Parks, die Vogelfütterung und «die zunehmende Verschmutzung und Verwahrlosung öffentlicher und privater Flächen».

Bis auf Spandau melden alle Bezirke diese wachsende Plage. Besonders unangenehm: In Neukölln wagen sich die unsauberen Nagetiere in großer Zahl auch direkt in die Wohngebiete. d die Wanderratte (*Rattus norvegicus*).

In Berlin kommt hauptsächlich die Wanderratte vor, die eine Vielzahl von Krankheitserregern auf den Menschen übertragen kann, etwa Salmonellen, Leptospiren (Erreger des Morbus Weil) und Toxoplasmen (Erreger der Toxoplasmose). Menschen können sich anstecken, wenn sie gebissen werden, wenn sie Staub einatmen, der mit den Ausscheidungen der Tiere (Urin, Kot) verunreinigt ist, oder wenn sie Lebensmittel verzehren, die kontaminiert sind. Außerdem spielen Ratten eine Rolle bei der Übertragung von Tierseuchen (Schweinepest, Maul- und Klauenseuche).

Strom-Anschlag in Berlin zeigt, wie gefährdet

Deutschlands kritische Infrastruktur wirklich ist

60.000 Haushalte nach Anschlag ohne Strom

Trauer um Charlie Kirk auch in Berlin

In Berlin trauern Menschen um Charlie Kirk.

Kein Grund zum Selbsthass – wat andere können, dat können wir ooch...

Bekommen Sie ab und zu auf TikTok, Insta oder Facebook auch diese sympathischen Videos von lauen Sommerabenden in St. Petersburg? Da, wo die Welt noch in Ordnung ist, gut gekleidete und gekämmte jungen Menschen flanieren, lachen, tanzen und keine bösen Buben in Sicht? Sehr her, so schön, sauber und normal ist s hier bei uns in Russland – und nicht so wie bei euch im verfaulenden, sterbenden Westen.

Zugegeben, ich habe sowas inzwischen auch mit Aufnahmen angeblich aus Warschau und Budapest gesehen, und ich freue mich, wenn es da so harmonisch alles ist. Wobei ich von meinen

vier Reisen nach Russland auch weiß, wie trostlos der Alltag der Menschen außerhalb der Glitzermetropolen Moskau und St. Petersburg aussieht. Aber das ist nicht mein Thema heute..

Wir waren gestern Abend in Berlin unterwegs, im östlichen Zentrum der Hauptstadt, Unter den Linden zwischen Brandenburger Tor und Alexanderplatz. Erst Heilige Messe in der Sankt Hedwigs-Kathedrale, dann „Nacht der Lichter“, ein öffentliches Spektakel, wo an zahlreichen historischen Gebäuden...sagen wir, ungewöhnliche...Lichtinstallationen gezeigt wurden, begleitet von passender Musik. Da hat sich jemand Gedanken gemacht, es war wirklich beeindruckend, da im Trubel umherzuschlendern und zu staunen.

**+++Wir danken Ihnen für jede
Unterstützung unserer
Arbeit+++Konto DE18 1005 0000 6015
8528 18 oder mit PayPal auf @Vers 1
Medien GmbH+++**

Zehntausende Menschen waren unterwegs bei halbsommerlichen 16 Grad Celsius, viele Familien mit Kinderwagen und auch Kindern, alle 200 Meter spielten Straßenmusiker, mal etwas von den „Sportfreunden Stiller“, mal von Amy Winehouse. Hier ein Schlagzeugkünstler, da eine Gruppe Breakdancer. Und dazwischen Menschen, Menschen, Menschen, die – klar, Berlin – nicht nur Deutsch sprachen, wie wir in der Menge natürlich wahrnahmen.

Aber, was ich Ihnen erzählen möchte: Irgendwann kam mir der Gedanke, das sieht ja hier aus, wie aus den Propagandavideos über das angeblich so friedfertige und freundliche Gegenmodell zum bösen Westen und zum heruntergekommenen Berlin.

Sie und ich wissen, dass Berlin viele Probleme hat. Zu viel Bürokratie, zu viel Verkehrschaos, zu viele Schmarotzer –

deutsche wie Zugereiste – und zu viele Linksextremisten. Und seit der Legalisierung, entkommen sie bei Veranstaltungen nirgendwo mehr den Marihuana-Dämpfen überall.

Aber es war friedlich, sauschön, urban – das kann Berlin immer noch, ohne jeden Stress. Und wir sollten aufhören, immer nur das Negative am eigenen Land sehen zu wollen. Kein Grund zu diesem nörgelnden Selbsthass...

Am BER starten und landen Flugzeuge bald auf zwei Bahnen

POTSDAM – Mehr als ein Jahr nach der Eröffnung starten und landen die Flugzeuge am neuen Hauptstadtflughafen künftig von beiden Start- und Landebahnen.

«Ab dem 1. Dezember ist das der Fall», sagte Flughafenchefin Aletta von Massenbach am Freitag im Landtag in Potsdam. Wegen des Einbruchs der Passagierzahlen in der Corona-Pandemie starten und landen Flugzeuge bislang im monatlichen Wechsel jeweils nur auf einer der beiden Pisten.

Die Zahl der Starts und Landungen war zuletzt gewachsen. Mit zunehmendem Urlauber-Verkehr führten in den Herbstferien Personalmangel und Platzprobleme zu Chaos. Von Massenbach nannte die damalige Situation «besorgniserregend». «Für uns ist das sehr, sehr unbefriedigend. Wir wollen, dass sich die Passagiere wohl fühlen an ihrem Flughafen.»

Ein Unterausschuss des Finanzausschusses hatte von Massenbach eigentlich zu einer Sondersitzung zur Finanzlage der Flughafengesellschaft geladen. Brandenburgs Finanzministerin Katrin Lange (SPD) sagte, die Liquidität des Unternehmens sei

bis in das Jahr 2022 hinein gesichert. Bei der geplanten weiteren Unterstützung durch den Bund, Berlin und Brandenburg als Eigentümer seien Änderungen möglich. Dazu laufen Gespräche mit der EU-Kommission. Details will der Ausschuss am 9. Dezember besprechen.

Die FBB sei ausfinanziert bis zum ersten Quartal 2022, hieß es aus Ministeriumskreisen. Die Entscheidung, in welcher Form weitere Hilfen fließen könnten, werde für Januar erwartet. Im Gespräch sind Liquiditätszuführung, eine Teilentschuldung und die Umwandlung bisheriger Gesellschafterdarlehen in Zuschüsse. «Wir gehen davon aus, dass ein förmliches Beihilfeverfahren bei der EU erforderlich sein wird», hieß es. «Es geht um 2,4 Milliarden Euro bis 2026 insgesamt, der Anteil Brandenburgs liegt bei 890 Mio Euro.»

Angesichts der Negativschlagzeilen wandete sich von Massenbach unterdessen auch an die Mitarbeiter. Die Situation sei sehr ernst, heißt es in einer E-Mail. Weitgehend unter dem Radar der Öffentlichkeit bleibe, dass nicht alles schlecht sei und mit Hochdruck daran gearbeitet werde, es besser zu machen. Die Flughafengesellschaft wolle andere Prozesspartner wie etwa Bodenverkehrsdienstleister stärker unterstützen.

Von Massenbach verwies darauf, dass 13 Partnerunternehmen und Behörden an den Abläufen im Terminal beteiligt seien. Bei allen außer der Flughafengesellschaft habe es Personalmangel gegeben. Dies war auch Thema im Gespräch mit Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU). «Es war für ihn natürlich auch besonders wichtig, zu verstehen, welche Rolle dann auch Bundesstellen in diesem Zusammenhang haben.»

Zu einem weiteren Chaostag führten Anfang November Fehler nach einer Räumung des Sicherheitsbereichs. Zuvor hatte es einen Feueralarm gegeben. «Offenbar war es so, dass in einer Damentoilette geraucht wurde», sagte von Massenbach zur Ursache.

Fluggäste müssen den Weg von der Sicherheitskontrolle zum Gate vorerst weiter komplett zu Fuß zurücklegen. Sämtliche Laufbänder sind inzwischen außer Betrieb, wie von Massenbach sagte. «Da gibt es massive Probleme, die aus der Zeit des Einbaus kommen», erklärte sie. Die Bänder 2010 und 2011 installierten Laufbänder müssten grundhaft instand gesetzt werden. Wegen Lieferschwierigkeiten gebe es dafür aber noch keinen Zeitplan.

32. Jahrestag des Mauerfalls: Noch immer nicht genug Hilfen für die Opfer

BERLIN – Mit einer Zeremonie an der Bernauer Straße hat Berlin am Dienstag an den Mauerfall vor 32 Jahren erinnert.

Am ehemaligen Todesstreifen wurden Kerzen entzündet, um der friedlichen Revolution in der DDR 1989, aber auch der für viele schwierigen Wendezeit zu gedenken. Die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke nutzte das historische Datum, um mehr Hilfen für die in der DDR politisch Verfolgten zu fordern. Nach einer Fluchtwelle und Massendemonstrationen hatte die DDR-Führung am 9. November 1989 die Grenzen geöffnet. Weniger als ein Jahr nach dem Mauerfall folgte die deutsche Vereinigung am 3. Oktober 1990. Die damals in der DDR bespitzelten, verfolgten oder inhaftierten Oppositionellen leiden aber nach Zupkes Worten heute oft immer noch – sowohl gesundheitlich als auch finanziell.

In Verfahren zur Anerkennung der gesundheitlichen Folgen der damaligen Verfolgung scheiterten heute neun von zehn Opfern mit ihren Anträgen, sagte Zupke bei der Vorstellung ihres ersten Berichts an den Bundestag. Der Grund: Die Betroffenen könnten den Zusammenhang zwischen damaliger Unterdrückung und

heutigen Krankheiten nicht eindeutig nachweisen.

Gesundheitsschaden durch erlebte Repression

«Hier braucht es grundsätzliche Veränderungen», forderte Zupke. «Zukünftig könnte beispielsweise bei politischen Häftlingen, die heute an Gesundheitsschäden leiden, auf Begutachtungen verzichtet werden.» Es solle ausreichen, dass sie sowohl die erlebte Repression als auch einen Gesundheitsschaden nachwiesen. «Gemeinsam müssen wir verhindern, dass die Opfer an den Hürden der Bürokratie scheitern», meinte Zupke. Darüber hinaus forderte sie einen bundesweiten Härtefallfonds für früher politisch Verfolgte.

Zupke schilderte das Beispiel einer Frau, die in der DDR inhaftiert gewesen und von der Bundesrepublik freigekauft worden sei. Diese habe Zahnmedizin studiert und in Bayern praktiziert, bis sich vor einigen Jahren Angstzustände eingestellt hätten. Folgen seien Schulden und die Aufgabe der Praxis gewesen. «Bis heute bemüht sie sich um die Anerkennung ihrer Folgeschäden, bis heute erfolglos», sagte Zupke.

Die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin bekleidet seit Juni das Amt der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur. Sie geht von einer sechsstelligen Zahl von SED-Opfern aus, darunter allein 250.000 Haftopfer sowie 50.000 bis 100.000 Menschen, die als Jugendliche auf Jugendwerkhöfen untergebracht waren.

An der Gedenkfeier zum Mauerfall an der Bernauer Straße nahmen unter anderen Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD), Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) und Kultursenator Klaus Lederer (Linke) teil sowie rund 70 Schülerinnen und Schüler aus Deutschland und Frankreich. Viele Teilnehmer steckten Rosen in die Hinterlandmauer. Nach einer Andacht wurden Kerzen entzündet.

Die Bernauer Straße gilt als Symbol der deutschen Teilung. Beim Mauerbau 1961 lag die Häuserfront der Straße im Osten, der Bürgersteig im Westen. Nach dem 9. November 1989 ging die deutsche Teilung nach rund 40 Jahren zu Ende.

Steffen Helbig im Hungerstreik für die Gehörlosen

von **JULIAN MARIUS PLUTZ**

BERLIN – Steffen Helbig ist entschlossen, für seine Ziele auf Essen zu verzichten. „Ich trete in den Hungerstreik, weil ich müde geworden bin. Seit über 16 Jahren bin ich ehrenamtlich aktiv, sowohl politisch, gesellschaftlich als auch privat. Doch geändert hat sich nicht viel. Mein Engagement und das vieler gehörloser Menschen ist weiterhin stark eingeschränkt.“

Der Landesvorsitzende des Verbandes für Gehörlose in Berlin ist selbst gehörlos und Rollstuhlfahrer. Er streikt, um überhaupt erst protestieren zu können. Immer wieder sprach er das Problem der mangelnden Teilhabe im politischen Diskurs an. Und immer wieder erntete er laut eigener Angabe Ignoranz. „Für mich gab es in all den Jahren keinen barrierefreien Zugang. Ich habe aber auch Probleme, die nicht nur in der Politik sind, sondern generell auch in der Gesellschaft“.

Gehörlose stehen am Ende der Skala

Nur Menschen mit Herzen aus Holz könnten sein Anliegen nicht verstehen. Die Tatsache, sich nicht so äußern zu können, um

auf Missstände hinzuweisen, die einer Gruppe widerfährt, muss frustrierend sein.

Es scheint eine Hierarchie der Opfer zu geben. Migranten, zumindest wenn sie aus dem arabisch/türkischen Raum kommen, genießen höchste Aufmerksamkeit. So gibt es Beauftragte, Begegnungszentren, Armaden an Sozialarbeitern, sie mit lobenswerten Zielen den mehr oder weniger „schon länger hier Lebenden“ helfen wollen, ohne dass ihre Arbeit und den Erfolg daraus jemals evaluiert werden würde.

Bei Homosexuellen ist es mal so, mal so. Passt das Opfer in den Zeitgeist, erfährt es Beachtung. Ist der Täter jedoch selbst Teil einer Gruppe die geschützt werden muss, werden Gewalttaten schon mal unter dem Teppich gekehrt, verharmlost oder beschwichtigt. Es kann schließlich nicht sein, was nicht sein darf.

Der Staat darf sich niemals erpressen lassen

Am Ende der Skala stehen Behinderte. Sie haben keine Lobby und keine sexy Regenbogenfarben. Fehlende Rampen für Rollstuhlfahrer oder Internetseiten, die Barrieren aufweisen sind keine coolen Themen für mutige Politik. Auch dass Texte von Journalisten, die aufgrund ihrer komplex gemachten Satzstrukturen für Menschen, mit kognitiven oder intellektuellen Leseschwierigkeiten echte Probleme darstellen, interessiert nicht. Dabei könnten die Kollegen doch einfach ihren Wolf Schneider, den „Journalistenpapst“, einmal wieder in die Hand nehmen, falls sie das jemals getan haben.

Aus dieser Warte heraus ist der Protest von Herbing verständlich. Inwieweit es ein Hungerstreik sein muss, ist jedoch fraglich. Mithilfe Erpressung die Politik zu etwas bewegen, ist im hohen Maße problematisch. Denn der Politiker kann nie und darf niemals erpressbar sein. Würde der Verantwortliche aufgrund des Hungerstreiks auf Forderungen eingehen, käme das einer Kapitulation vor der eigenen

Souveränität gleich. Das Signal wäre verheerend und würde andere auf den Plan rufen. Wenn das bei den Gehörlosen funktioniert, warum nicht auch bei den Klimaaktivisten, bei den Hartz IV Gegnern, bei den Rassisten oder Islamisten? Es bleibt dabei: Der Staat darf sich nicht und niemals erpressbar machen lassen.

Wir haben erlebt, welchen Popanz um die hungerstreikenden Klimaaktivisten gemacht wurde. Medien berichteten, auch jenseits von Berlin und das, obwohl ihr Ziel ein abstraktes, kaum greifendes war. Was ein „Hungerstreik für das Klima“ sei, ist ebenso diffus, wie die Forderung nach weniger Armut oder besseres Leben. Wer kann schon dagegen sein?

Gehörlose eine Stimme geben

Entgegen *Fridays For Future* sind Helbings Forderungen konkret. So fordert er unter anderem mehr Gebärdendolmetscher. Das ist wichtig, aber nicht ausreichend. Gerade Menschen, die erst im Erwachsenenalter gehörlos werden, können diese Sprache erst gar nicht. Hinzukommt die mangelnde Sichtbarkeit vieler. Man sieht den Menschen ihre Einschränkung schlicht nicht an.

Oftmals sind diese Personen auch mit unangenehmen Gesprächspartnern konfrontiert, werden als dumm und minderbemittelt abgestempelt. Auch die immer noch häufig fehlenden Untertitel stellen ein Problem dar. Zwar und immerhin trifft das nicht beim Öffentlichen Rundfunk zu. Viele private Sender jedoch bieten diesen „Service“ immer noch nicht an. Hier besteht Handlungsbedarf.

So gesehen ist das Mittel des Protests von Steffen Helbig vielleicht zu kritisieren. Das Ziel jedoch ist unverkennbar wichtig: Gehörlose Menschen eine Stimme zu geben, sie und ihre Behinderung ernst zu nehmen und auf Ihre Forderungen, jenseits von Parteiengeplänkel, einzugehen.

Brand in Kaufhaus am Alex – 26-Jähriger festgenommen

BERLIN – Bei einem Feuer in einem Kaufhaus am Berliner Alexanderplatz sind drei Menschen verletzt worden. Die Polizei geht von Brandstiftung aus und hat einen 26-Jährigen festgenommen, wie eine Sprecherin mitteilte.

Er soll am Samstag im vierten Stock des Warenhauses Gegenstände angezündet haben. Zuvor hatten RBB und «Bild» berichtet. Zudem habe er Menschen mit einem Feuerlöscher und einer brennenden Decke angegriffen. Beschäftigte hätten den Mann überwältigt, berichtete die Sprecherin. Er sei aufgrund einer entsprechenden Erkrankung in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht worden.

Es müssen dramatische Minuten gewesen sein am Samstag gegen 14.40 Uhr: Nach Angaben von Zeugen soll der Mann erst auf der Etage, auf der unter anderem Heimtextilien und Haushaltswaren verkauft werden, gezündelt haben. Dann ging er nach ersten Erkenntnissen der Polizei auf Beschäftigte und Kunden los. Nach einem 56 Jahre alten Kunden soll er mit einer brennenden Decke geschlagen haben, so die Polizeisprecherin. Der Mann erlitt Brandverletzungen an der Hand.

Aufmerksame Angestellte hätten den mutmaßlichen Täter dann überwältigt. Dieser habe sich jedoch losreißen können und versucht, weitere Ware anzuzünden. Die Beschäftigten hätten ihn jedoch erneut fassen können und zu Boden gebracht. Dort hielten sie ihn fest, bis ihn alarmierte Polizisten festnahmen.

Unterdessen war die Sprinkleranlage losgegangen. Mit ihrer Hilfe und dem Einsatz des Personals war das Feuer bereits gelöscht, als die Feuerwehr eintraf. Sicherheitskräfte des

Hauses hatten das fünfgeschossige Gebäude evakuiert. Dabei sei es zu keinen Problemen gekommen, hieß es von Feuerwehr und Polizei.

Nach Angaben der Feuerwehr kam es zu einer starken Verrauchung in dem Gebäude. Zwei 15 und 19 Jahre alte Kundinnen mussten mit Verdacht auf eine Rauchgasvergiftung behandelt werden, hieß es von der Polizei. Nach früheren Angaben der Feuerwehr hieß es, ein Mensch sei wegen des Verdachts auf eine Rauchgasvergiftung behandelt worden, zwei Beschäftigte hätten medizinische Hilfe benötigt.

Angaben zur Höhe des Sachschadens lagen zunächst nicht vor. Die Haussubstanz sei nicht angegriffen worden, hieß es von der Polizei. Das Warenhaus blieb allerdings nach dem Vorfall am Samstag geschlossen.

Fahrer nach Unfall mit vier Toten: «Unermessliches Leid»

von ANNE BAUM & MARION VAN DER KRAATS

BERLIN – Vier Menschen, darunter ein dreijähriger Junge, wurden bei dem grausigen Unfall in der Berliner Innenstadt aus dem Leben gerissen – der Grund soll der epileptische Anfall eines SUV-Fahrers gewesen sein.

Gut zwei Jahre nach dem Unglück hat dieser nun sein Bedauern ausgedrückt und den Angehörigen sein Beileid ausgesprochen. «Es ist ein schreckliches, ganz grauenhaftes Unglück», erklärte der 44-Jährige am Mittwoch zum Prozessauftakt vor dem Landgericht Berlin. Er sei zutiefst verzweifelt über das «unermessliche Leid, das mein Unfall verursacht hat», sagte der Mann mit tränenerstickter Stimme.

Die Staatsanwaltschaft wirft dem Diplom-Kaufmann fahrlässige Tötung und fahrlässige Gefährdung des Straßenverkehrs vor. Sein schweres SUV-Fahrzeug (Sports Utility Vehicle: Geländelimousine oder Stadtgeländewagen) hatte am 6. September 2019 auf der Invalidenstraße in Berlin eine Ampel gerammt und sich mehrfach überschlagen. Dabei erfasste er mit einer Geschwindigkeit von mehr als 100 Kilometern pro Stunde vier Menschen auf dem Gehweg – sie hatten keine Chance. Die Opfer, eine 64 Jahre alte Großmutter mit ihrem dreijährigen Enkel sowie zwei 29- und 28-jährige Männer, starben noch am Unfallort.

Der Fall hatte seinerzeit für großes Aufsehen gesorgt. Auch zum Prozessauftakt vor dem Landgericht Berlin herrschte großer Andrang. Sichtlich angespannt saß der angeklagte Familienvater nun zwischen seinen Verteidigern im Saal 500 auf der Anklagebank. Während er seine vorbereitete mehrseitige schriftliche Erklärung vorlas, versagte dem Mann im schwarzen Pullover und weißen Hemd mehrfach die Stimme.

Neun Hinterbliebene sind laut Gerichtssprecherin Lisa Jani als Nebenkläger in dem Verfahren zugelassen. Zum Prozessauftakt erschien jedoch nur einer von ihnen persönlich. Für seine Mandanten sei es eine »wahnsinnige Belastung«, erklärte der Anwalt einer Familie eines getöteten jungen Mannes.

Im Fokus des Verfahrens stehen medizinische Fragen. Denn aus Sicht der Staatsanwaltschaft hätte der 44-Jährige wegen einer strukturellen Epilepsie und einer Gehirnoperation, die erst etwa einen Monat zurücklag, nicht am Steuer des schweren Wagens sitzen dürfen.

Der deutsche Angeklagte erklärte dazu vor Gericht, er habe im Mai 2019 erstmals einen epileptischen Anfall gehabt. Danach habe er sich in medizinische Behandlung begeben. Mit einer Tumoroperation in der Schweiz und mit einer Medikation habe er alles getan, um einen zweiten Anfall auszuschließen. Von Ärzten habe er positive Nachrichten erhalten. In keinem von

drei Berichten der Klinik sei er darauf hingewiesen worden, «dass ich für einen bestimmten Zeitraum nach der OP kein Auto fahren dürfe».

Der 44-Jährige war nach eigenen Angaben mit seiner Mutter und seiner kleinen Tochter im Auto auf dem Weg zu einem italienischen Restaurant, als es zum Unfall kam. Der Angeklagte beteuerte: «Es gab überhaupt keine Anhaltspunkte dafür, dass ich irgendwann nochmals einen epileptischen Anfall erleiden könnte.» An Details des Unfalls habe er keine Erinnerung.

Die Tragödie sei vermeidbar gewesen, meinte einer der Nebenkläger-Anwälte. «Das macht den unfassbaren Schmerz der Hinterbliebenen besonders stark.» Nach ihrer Schilderung soll es «ganz kurz vor dem Unfall» einen ausdrücklichen ärztlichen Hinweis gegeben haben. Ein behandelnder Neurologe soll dem Mann demnach gesagt haben, dass er ein Jahr lang nach der Hirn-OP kein Auto fahren dürfe. Nach Angaben von Gerichtssprecherin Jani soll es allerdings kein ausdrückliches ärztliches Verbot gegeben haben.

Die 42. Strafkammer plant zunächst 20 Prozesstage bis Anfang Februar 2022, um das Geschehen aufzuklären. Am nächsten Verhandlungstag (1. November) soll der Angeklagte weiter befragt werden. Etwa 70 Zeuginnen und Zeugen hat die Staatsanwaltschaft nach Gerichtsangaben benannt. Ob diese alle vor Gericht erscheinen müssen, bleibt abzuwarten.